

# Presseinformation

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband  
Baden-Württemberg



19. März 2021

Rückfragen: Tel. 07271 – 40 87 27, Jens-Björn Arndt

## Vorfahrt für Bildung bis 2026 – Schuldenbremse weiter aufheben

Corona wird die Bildungseinrichtungen weiter prägen – Bildungspolitik braucht Mut

Die GEW erwartet von der neuen Landesregierung bis 2026 eine mutige Bildungspolitik, um die Folgen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche zu bekämpfen.

„Auch wenn wir die Pandemie hoffentlich bald in den Griff bekommen, wird der Alltag in den Kitas, Klassenzimmern, Hochschulen und der Weiterbildung noch viele Jahre von Corona geprägt sein. Schon vor der Pandemie standen Lehrkräftemangel, mangelhafte digitale Ausstattung und zunehmende Bildungsungerechtigkeit jeden Tag auf dem Stundenplan der Schulen in unserem Land. Die neue Landesregierung darf nicht zulassen, dass eine Corona-Generation entsteht. Das geht nur, wenn die Schuldenbremse weiter aufgehoben und in zusätzliche Stellen für Lehrkräfte, mehr Personal für pädagogische Profis in allen Bildungseinrichtungen, neue Studienplätze und eine Entlastung der Leitungs-Teams in Kitas und Schulen investiert wird. Das ist zugleich auch eine lohnende Investition für das ganze Land Baden-Württemberg“, sagte Roland Jung, Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am Freitag 19.03.2021 in Karlsruhe.

Die Bildungsgewerkschaft GEW gratulierte ihrem langjährigen Mitglied Winfried Kretschmann (Grüne) zum Wahlerfolg und wertet das schlechte Abschneiden der CDU auch als eine Abstimmung über die Bildungspolitik. „Die letzten fünf Jahre waren verlorene Jahre für die Weiterentwicklung der Bildungspolitik in Baden-Württemberg. Die pädagogischen Profis in den Kitas und Schulen erlebe ich so frustriert wie seit langem nicht mehr. Außer einer groß angekündigten Qualitätsreform, von der nach drei Jahren immer noch nichts zu spüren ist, hat die Bilanz von Grünen und CDU wenig vorzuweisen. Die Grünen haben zugelassen, dass fünf Jahre eine konservative Bildungspolitik gemacht wurde. Sie stehen jetzt mit ihrem Wahlerfolg in der Verantwortung, wieder Motor der Bildungspolitik zu sein. Bildungsungerechtigkeit verringern, Ganztagschulen ausbauen und endlich für passende Rahmenbedingungen für gelingende Inklusion zu sorgen sind nur wenige wichtige und bisher unerledigte Hausaufgaben für die nächsten Jahre“, sagte Roland.

Die GEW hat nach Bekanntwerden des Rückzugs aus der Politik Kultusministerin Susanne Eisenmann Respekt für den klaren Schnitt gezollt. „Die Bildungspolitik in Baden-Württemberg ist in den vergangenen fünf Jahren kaum vorangekommen. Die Verantwortung dafür tragen Grüne und CDU gemeinsam. Die neue Landesregierung darf nicht zulassen, dass eine Corona-Generation entsteht. Das geht, wenn die Schuldenbremse weiter aufgehoben und in mehr Personal für pädagogische Profis in allen Bildungseinrichtungen, neue Studienplätze und eine Entlastung der Leitungs-Teams investiert wird“, sagte Jung.

Die GEW ist mit 50.000 Mitgliedern die größte bildungspolitische Interessenvertretung im Südwesten.